

SOLIDARITÄT JUBILÄUMS-BEILAGE

200

Solidarität 
Preis: 1 €
Förderpreis: 2 € Sozialistische Zeitung

 
SOZIALISTISCHE ZEITUNG
www.solidaritaet.info Für eine kämpferische und sozialistische LINKE Nr. 189 Oktober 2019

Ausgaben

Die „Solidarität“ war und ist mehr als nur eine Zeitung. Sie ist aufs Engste verknüpft mit der sie herausgebenden Organisation, der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol). Sie ist für Sol-Mitglieder ein Instrument zur Verbreitung von Ideen, aber auch zur Organisierung von Aktivitäten und Debatten. Sie soll Arbeiter*innen in Streiks und Aktiven aus Bewegungen Vorschläge für ihre Kämpfe machen und Forum für einen Erfahrungsaustausch bieten.

von Sascha Staničić, Redaktion der „Solidarität“

Deshalb war es uns auch so wichtig, dass die Zeitung nach der Spaltung der SAV (der Organisation, die bis dahin die „Solidarität“ herausgebracht hatte) im Herbst 2019, weiter von uns herausgegeben wird. Der Verbleib der Zeitung und des Manifest-Verlags in unseren Händen drückte aus, dass wir keine Minderheit der aktiven Mitgliedschaft waren und vor allem, dass wir die Tradition der SAV und des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale fortsetzen.

Programm entscheidend

Der wichtigste Beitrag der „Solidarität“ in den letzten 18 Jahren war die Verteidigung und Verbreitung eines sozialistischen Programms. Wir waren Teil der globalisierungskritischen

Bewegung, der Kämpfe gegen die Agenda 2010, der Gründung der WASG und der Bildung der Partei DIE LINKE, von gewerkschaftlichen Kämpfen, antirassistischer Bewegung, Klimastreiks und Protesten gegen Sexismus – überall hat die „Solidarität“ sozialistische Positionen und einen Klassenstandpunkt vertreten. In dieser Beilage veröffentlichen wir eine Auswahl von Artikeln aus dieser Zeit, die diese Haltung zum Ausdruck bringen.

Tradition und Internationalismus

Dabei geht unsere publizistische Tätigkeit weiter zurück, denn die „Solidarität“ löste 2002 die Zeitung „VORAN“ ab, die seit 1973 erschienen war. Wie schon die „VORAN“ vertritt auch die „Solidarität“

konsequent internationalistische Positionen und profitiert davon, dass sozialistische Aktivist*innen auf der ganzen Welt als Korrespondent*innen fungieren können.

Unabhängigkeit

Wichtig ist uns unsere finanzielle Unabhängigkeit. In der „Solidarität“ finden sich keine Anzeigen und im Gegensatz zu den Mainstreammedien erhalten wir keine Gelder vom Staat oder Großkonzernen. Deshalb verkaufen wir die Zeitung und verteilen sie nicht kostenlos. Mit dem Kauf tragen Leser*innen zum Aufbau einer sozialistischen

Presse bei. Damit die „Solidarität“ eine größere Rolle spielen kann, muss sie aber noch mehr verkauft und gekauft werden. Deshalb bitten wir alle Leser*innen auf, anlässlich der Jubiläumsausgabe eine Abos abzuschließen! ■



Globalisierung - Segen oder Katastrophe?

Artikel aus Nr. 56, April 2007

Anfang der neunziger Jahre wurde die Globalisierung als der Heilsbringer für die Menschheit präsentiert. Heute wird sie von ihren Anhängern als Naturgesetz behandelt, ein Gesetz, das Produktionsverlagerungen, Deregulierung, Privatisierung und Lohnsenkung einfach mit sich bringt. Es ist ein Totschlagargument zu Gunsten der herrschenden Klassen geworden. (...)

von Gaétan Kayitare, Aachen

(...) Der Globalisierungsprozess macht sich in erster Linie an der verstärkten weltweiten Arbeitsteilung und der Internationalisierung von Produktion, Kapitalflüssen und Handel fest. Er drückt sich heute besonders in mörderischer Konkurrenz, uferloser Spekulation, Arbeitsplatzverlagerung und -vernichtung, Lohnsenkungen und schlechteren Arbeitsbedingungen weltweit aus.

Mitte der siebziger Jahre endete der kapitalistische Nachkriegsaufschwung. Produktivitätssteigerungen verlangsamten sich, Profite brachen ein, es kam zu Inflation. Zudem waren die Unternehmer mit Streiks und Massenprotesten konfrontiert. Nach mehreren turbulenten Jahren holten sie zum Gegenschlag aus. Mit neoliberalen Maßnahmen waren sie bestrebt, ihre Profitkrise auf Kosten der arbeitenden Menschen zu überwinden.

Der Zusammenbruch des Stalinismus im Osten verstärkte die Offensive des Kapitals. Das Fehlen einer Vorstellung von einer sozialistischen Alternative bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse - durch die Schwächung der Linken - führte dazu, dass es zunächst keinen großen Wi-

derstand gegen die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte gab. Besonders die Länder der „3. Welt“, die von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank erpresst wurden, mussten ihren öffentlichen Sektor inklusive Gesundheit und Bildung der Konkurrenz opfern, wodurch die Multis ihre dominierende Stellung ausbauen konnten. (...)

Wer gewinnt, wer verliert?

ArbeiterInnen der entwickelten kapitalistischen Staaten sind mit Arbeitsplatzverlust durch Verlagerung der Produktion nach Osteuropa, China oder sonst wo hin konfrontiert. Die Drohung mit der Verlagerung reicht oft aus, um Lohnkürzungen oder längere Arbeitszeiten durchzudrücken. (...)

Tatsächlich gingen die meisten Investitionen nach China, aber auch dort wurden zwei Millionen Jobs in der Textilbranche durch Rationalisierung vernichtet! (...) Gewinner sind die Kapitalisten, ob in den USA, der EU, China oder Indien. Bestenfalls eine kleine Schicht von Spezialisten und besser Verdienenden in diesen Ländern profitiert vom Aufschwung.



Gaétan Kayitare (rechts im Bild) war bis zu seinem Tod im Jahr 2011 über viele Jahre führendes Mitglied der Sol-Vorgängerorganisationen "VORAN" und SAV und hat auch die Zeitung "Solidarität" mit geprägt.

Die Globalisierung sollte angeblich für alle Verbesserungen mit sich bringen. Die Realität für Milliarden Menschen ist die Hölle auf Erden geworden, selbst in scheinbar erfolgreichen Staaten wie China, Indien oder Pakistan (...)

Internationaler Widerstand

Vorwände, um der Arbeiterklasse noch tiefer in die Tasche zu greifen oder Massenentlassungen durchzuführen, finden die Vertreter des Kapitals immer wieder. Heute ist es

die Globalisierung. In der EU ist es auch der Euro oder die EU-Verfassung. Dagegen hilft nur Widerstand - grenzübergreifend.

Dass dieser möglichst ist, zeigen die Beispiele der letzten Jahre. Um die Schließung von Renault in Vilvoorde (Belgien) zu verhindern, streikten Beschäftigte der Renault-Werke in Frankreich, Spanien und Belgien am 7. März 1997 erfolgreich. In Genua demonstrierten 2001 mehr als 300.000 Menschen gegen den G8-Gipfel. (...) ■

"Keine kleine Errungenschaft"

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind sehr stolz, dass Ihr die 200. Ausgabe Eurer Zeitung herausbringt. Dieses Jubiläum steht für viele Jahre geduldiger revolutionärer Aktivität und Propaganda, solider marxistischer Analyse, Solidarität und Unterstützung für die Kämpfe der Arbeiter*innen, Jugendlichen und unterdrückten Massen. Das ist keine kleine Errungenschaft, zu der wir Euch gratulieren.

Pelad, für die Demokratisch-Sozialistische Bewegung (CWI Nigeria)

Vor einer neuen Wirtschaftskrise?

Artikel aus Nr. 183, Februar 2019

Zum Jahreswechsel häuften sich Zeitungsberichte und Politiker-Statements über ein Abflauen der Konjunktur, sogar die Möglichkeit einer Rezession wird diskutiert. (...)

von Wolfram Klein, Plochingen bei Stuttgart

(...) Nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 gab es in Deutschland eine wirtschaftliche Erholung. Das wird jetzt als „goldene Jahre“ und „Hochkonjunktur“ verklärt. Unter dem Schock des Einbruchs 2009 haben Regierungen Konjunkturprogramme (wie die deutsche „Abwrackprämie“) gestartet. Mit öffentlichen Geldern wurden Banken gerettet, die sich verspekuliert hatten. Die Notenbanken drehten den Geldhahn auf. Von 2015 bis 2018 kaufte die EZB Staatsanleihen für über 2,5 Billionen Euro, die US-Fed 2008-2015 für 3,5 Billionen Dollar. Trotzdem ist zum Beispiel das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den neun Jahren 2010 bis 2018 preisbereinigt gerade mal um zwanzig Prozent gewachsen. (...) Die Arbeitsproduktivität ist 2010 bis 2018 insgesamt nur um klägliche 5,5 Prozent gewachsen. Und das, obwohl die niedri-

gen Zinsen Investitionen eigentlich erleichterten. Aber die Schaffung eines Niedriglohnssektors machte es für die Kapitalist*innen günstiger, schlecht bezahlte und gering qualifizierte Arbeitskräfte einzustellen, statt in neue Maschinen und Technik zu investieren, so dass die Arbeitsproduktivität kaum noch stieg. Vor allem entstanden neue Spekulationsblasen, etwa in den Aktien- und Immobilienmärkten, nachdem die alten Blasen 2007 bis 2009 geplatzt waren. Dieser Charakter des „Booms“ zeigt deutlich, dass der Kapitalismus die Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr vorwärts bringen kann. (...)

Perspektiven

Ob es 2019 oder 2020 zu einer Wirtschaftskrise kommt, lässt sich nicht vorhersagen. Dazu ist die kapitalistische Wirtschaft zu unberechenbar. (...)

Die traditionelle Methode der Notenbanken zur Konjunkturbeeinflussung ist die Senkung bzw. Erhöhung der Zinsen. Die US-Notenbank Fed senkte 2001 bis 2003 die Leitzinsen schrittweise von 6,5 Prozent auf einen Prozent, um die Konjunktur anzukurbeln. 2006 bis 2008 senkte sie sie von 5,5 Prozent auf null bis 0,25 Prozent. Auf diesem Niveau blieben sie bis 2015 und wurden seitdem bis zum Dezember 2018 auf gerade mal 2,25 bis 2,5 Prozent erhöht. Der Spielraum für Zinssenkungen ist also geringer als bei früheren Krisen. Die EZB hat früher die Zinsen ähnlich wie die Fed angehoben und gesenkt, nur weniger stark. Als sie 2011 wieder mit Zinserhöhungen begann, eskalierte die „Staatsschuldenkrise“ Südeuropas. Die Zinsen wurden daraufhin schrittweise auf minus 0,4 Prozent gesenkt. Auf diesem Niveau sind sie noch heute. Als Mittel zur Konjunkturankurbelung bleibt der EZB nur, den Geldhahn wieder aufzudrehen, etwa durch den Kauf von weiteren Staatsanleihen. (...) ■

“Die Hoffnung, mehr Kontrolle über das Leben zu haben”

Interview mit Sinéad Daly zu den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in Schottland und Katalonien

Artikel aus Nr. 172, Dez 2017/Jan 2018



Sinéad Daly ist führendes Mitglied der Socialist Party Scotland

In Katalonien, Schottland und anderen europäischen Ländern gibt es Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit. Warum ist das so?

Die Unfähigkeit des Kapitalismus die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, führt zu einem Anstieg von Spannungen zwischen Ländern, aber auch in ihnen selbst. Die europäische Arbeiterklasse hat einen hohen Preis für die Folgen der weltweiten Bankenkrise seit 2007/2008 bezahlt. Kürzungsprogramme, wachsende Arbeitslosigkeit, Streichungen von öffentlichen Dienstleistungen und eine stark wachsende Ungleichheit. Denn die Profite der obersten „ein Prozent“ wachsen rasant. Das ist verbunden mit einem Niedergang der bürgerlichen – inklusive der

„Meilenstein“

Glückwunsch zur 200. Ausgabe der Solidarität. Wir senden Euch solidarische Grüße anlässlich dieses Meilensteins für die Kräfte des Trotzismus in Deutschland.

Voran zu einer revolutionären Massenpartei in Deutschland und international!

*Sozialistische Partei
Schottland*

ehemals sozialdemokratischen – Parteien. All diese Parteien haben keine Antwort auf die Krise des Kapitalismus. Ganz im Gegenteil, sie tun so, als ob man nichts machen könne.

Menschen, die nach einem Ausweg aus dieser Situation suchen, können durch nationalistische Ideen angezogen werden. Die Sozialistische Partei Schottlands (Schwesterorganisation der SAV in Schottland) hat die Bewegung für schottische Unabhängigkeit und die Volksabstimmung als „Aufbegehren gegen Kürzungspolitik und das Establishment auf Wahlebene“ bezeichnet. Angetrieben von der Hoffnung, mehr Kontrolle über ihr Leben zu haben, haben 1,6 Millionen Menschen für die Unabhängigkeit Schottlands gestimmt. Hunderttausende, die nie gewählt haben, haben sich beteiligt. Die Wahlbeteiligung lag bei über 85 Prozent.

Ähnliche Entwicklungen sehen wir in Katalonien. (...) Das Zusammenkommen von wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit nationaler Unterdrückung kann, wie wir es in Katalonien gesehen haben, zu Massenbewegungen bis hin zu revolutionären Situationen führen. (...)

Es gibt keine pauschale Herangehensweise an nationale

Unabhängigkeitsbewegungen. Peter Hadden, der ein führendes Mitglied des Komitees für eine Arbeiterinternationale war, führt in seinem Buch “Bewegte Zeiten” über Nordirland aus: “Die Forderungen in der nationalen Frage müssen sich auf die tatsächlichen Umstände beziehen. Zum Bewusstsein verschiedener Schichten, besonders der Arbeiterklasse. Weder Bedingungen noch Bewusstsein sind fest oder statisch. Sie ändern sich ständig, müssen die Anforderungen neu bewertet, abgestimmt und verändert werden.” (...)

Wie stellen sich SozialistInnen zu diesen Ereignissen und zu den Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit?

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse, aber machen deutlich, dass die Probleme auf Basis des Kapitalismus nicht gelöst werden können. Daher verbinden wir jede Bewegung mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

So hätten wir in Schottland natürlich einfach die Kampagne der SNP unterstützen können. Stattdessen haben wir eine Kampagne für ein unabhängiges sozialistisches Schottland geführt. Wir haben ar-

gumentiert, dass es nicht ausreicht die schottische Flagge am Holyrood (dem Parlament) zu hissen, sondern dass wir einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel brauchen. (...)

Peter Hadden fasste in dem schon erwähnten Buch die sozialistische Herangehensweise an Unabhängigkeitsbewegungen sehr gut zusammen: “Sozialismus bedeutet [...] eine internationale Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen. Eine Einheit, die auf der Achtung der Unterschiede beruht und in der alle nationalen und Minderheitenrechte garantiert sind. Es ist die Einheit der Arbeiterklasse, die im Kampf für eine solche Gesellschaft geschaffen wird, die die nationale Frage lösen wird.” ■

Massenproteste in Algerien

Nach dem Sturz Bouteflikas muss die Revolution weiter gehen!

Artikel aus Nr. 186, Mai 2019

Bouteflika, der verhasste Präsident Algeriens, ist weg! Aber das algerische Volk gibt seinen Kampf keineswegs auf. An Universitäten und Fabriken wird gestreikt und im ganzen Land gibt es Proteste.

von Amar Benhamouche,
Gauche Révolutionnaire (CWI in Frankreich)

Die Kraft der revolutionären Bewegung in Algerien ähnelt den ersten Wochen des revolutionären Kampfes in Ägypten und in Tunesien im Jahr 2011. Aber die Bewegung muss weiter wachsen. Die kleinere autonome Gewerkschaftsföderation (CSA), die bestimmte vom Regime unabhängige Gewerkschaften organisiert, hat zu einem Generalstreik gegen die Bedoui-Übergangsregierung für den 10. April aufgerufen. Es ist notwendig, dass die Gewerkschaften

des großen Dachverbandes UGTA, von denen einige bereits Bewegung unterstützen, ebenfalls handeln und das Regime vertreiben und gegen alle Unternehmen vorgehen, in denen so viele kleine Bouteflikas regieren. Überall müssen Widerstandskomitees aufgebaut werden - in Universitäten, Fabriken, Stadtvierteln und Dörfern - dort sollten Vertreter*innen gewählt werden, die sich in Koordinierungsausschüssen auf allen Ebenen organisieren.

Die regierende Clique und die verschiedenen Clans im Herzen der Armee oder der FLN haben den algerischen Reichtum in Zusammenarbeit mit den multinationalen Konzernen und den Imperialist*innen verteilt. Es wird keine Demokratie in Algerien geben, solange diese Räuber im Dienste des Kapitalismus am System festhalten. Nur eine Regierung von Erwerbstätigen und Jugendlichen könnte den Wunsch nach einem demokratischen und freien Algerien verwirklichen.

Echte Demokratie durch Revolution!

Eine große Mehrheit versteht jetzt, dass es möglich ist, das Land zu verändern. Die Widerstandskomitees

können ein Ort für die Diskussion über ein neues Algerien sein.

Auch die Frage nach einer konstituierenden Versammlung und den nächsten Wahlen stellt sich. Aber das kann auch eine Möglichkeit sein, die revolutionären Massen zu übergehen, wenn sie sie nicht zu ihrem Instrument machen und vor allem eine Partei gründen, die wirklich für die Interessen von Erwerbstätigen, Rentner*innen, Arbeitslosen, Kleinbäuer*innen und Jugendlichen kämpft, unabhängig von ihrem Hintergrund oder ihrem Geschlecht.

Die begonnene Revolution eröffnet große Möglichkeiten. Ein demokratisches sozialistisches Algerien würde den Weg für die Befreiung ganz Afrikas öffnen. ■

Neue Linkspartei? Ja, aber...!

Artikel aus Nr. 6,
September 2002

Über 5.000 Spiegel-Online-LeserInnen haben auf die Frage „Würden Sie einer neuen Links-Partei unter Führung von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine Ihre Stimme geben?“ geantwortet. Mehr als vierzig Prozent mit Ja.

„Standpunkt“ der Redaktion

(...) Die PDS erhält gerade die Quittung für den Sozialabbau und die Privatisierungspolitik, die sie als Teil der mecklenburg-vorpommerschen und der Berliner Landesregierungen und vieler Kommunalregierungen betreibt. (...)

Der Vorschlag eine neue Linkspartei zu bilden, erscheint vor diesem Hintergrund fast naheliegend. Doch - um eine alte marxistische Weisheit zu bemühen - gibt es keine organisatorischen Lösungen für politische Probleme.

Die entscheidende Frage ist die des Programms und der Politik, die eine solche neue Kraft vertreten sollte.

Sozialistisches Programm und Strategie nötig

Wir treten seit Jahren für den Aufbau einer neuen, breiten und demokratischen Arbeiterpartei ein. Eine solche Partei würde ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Doch eine solche Partei müsste die Lehren aus dem politischen Scheitern von SPD und PDS ziehen.

Wenn sie die Politik betreiben würde, die Lafontaine und Gysi als Regierungsmänner betrieben haben, würde sie keine Alternative darstellen. Eine neue Partei müsste sich konsequent auf die Seite der Lohnabhängigen und arbeitslosen Bevölkerung und der Jugend stellen und an den täglichen Kämpfen und Kampagnen gegen die Angriffe von Regierungen und Kapital teilnehmen. Sie dürfte sich nicht auf parlamentarische Arbeit beschränken, sondern müsste ihren Schwerpunkt in außerparlamentarischen Kampagnen haben. Sie müsste das Übel an der Wurzel packen und klare antikapitalistische Positionen vertreten.

Nur mit sozialistischem Programm und Strategie könnte eine neue Linkspartei einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse aufzeigen. ■



LINKE vor Ort: Stuttgart-Bad Cannstatt

Kämpferischer Ortsverband - gut verankert,
gutes Wahlergebnis

Artikel aus Nr. 153, April 2016

Seit Jahren gehört der LINKE-Ortsverband Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster zu den aktivsten im Stuttgarter Kreisverband. (...) Die Präsenz und Verankerung im Stadtteil spiegelt sich auch im Wahlergebnis bei der Landtagswahl nieder. DIE LINKE erreichte hier 6,3 Prozent der Stimmen.

von Ursel Beck

2009 begann der Ortsverband MieterInnen im Kampf gegen Mietabzocke und Gentrifizierung im Stadtteil Hallschlag zu unterstützen. Zwei Mitglieder des Ortsverbands sind im Vorstand der dortigen Mieterinitiative. Bereits bei der Landtagswahl 2011 holte die LINKE hier in einem Wahllokal 9,1 Prozent der Stimmen. Bei der Wahl im März 2016 konnte dieses Ergebnis auf 11,5 Prozent ausgebaut werden. (...)

Als Anwohner*innen sich an einer Bahnstrecke über zunehmenden Schienenlärm beschwerten, wurden diese in einer „Initiative Schienenlärm“ organisiert, um den Kampf für Lärmschutz gemeinsam und durch öffentlichen Druck zu organisieren. Wo immer möglich wird die Vertretung im Bezirksbeirat genutzt, um Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen auf die Tagesordnung zu bringen. Infostände nicht nur im Wahlkampf, sondern mindestens einmal jeden Monat sind längst eine Selbstverständlichkeit, genauso wie regelmäßige öffentliche Veranstaltungen.

Wenn es nach dem Ortsverband gegangen wäre, wäre der Wahl-

kampf in Baden-Württemberg kämpferischer und antikapitalistisch ausgerichtet worden. Das von einer Werbeagentur entwickelte zentrale Motto „Baden Württemberg plus sozial“ wurde einhellig abgelehnt. Beantragt wurde das Motto „Politik für Menschen statt für Profite“ und eine klare Ansage, dass DIE LINKE als Opposition in den Landtag und nicht als Mehrheitsbeschafferin für die Fortsetzung der Grünen-SPD-Koalition einziehen will. Dies wurde beim Landesparteitag abgelehnt.

Rebellische LINKE nötig

(...) Nach der Landtagswahl sind viele Linke schon auf die Bundestagswahl 2017 fixiert. Der Ortsverband Stuttgart Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster setzt dagegen auf weitere Verankerung als kämpferische und antikapitalistische Kraft im Stadtteil. ■

Ursel Beck ist Mitglied im Vorstand des LINKE-Ortsverbands Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster und war Ersatzkandidatin für Bernd Riexinger im Wahlkreis IV

„Nötiger denn je“

Ich finde es gut, dass ihr für eine bessere Gesellschaft kämpft und euch konsequent für bessere Bedingungen einsetzt. Dabei zeigt Ihr auch Präsenz vor Ort und unterstützt Kämpfe. Das ist momentan nötiger denn je. Weiter so!

Mehmet Sahin, IG Metall-Vertrauensmann bei Mahle-Behr

(Funktionsangabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

„Wichtige Argumentationshilfe“

Liebe Genossen*innen, es ist fast eine Punktlandung: Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels erscheint die 200ste Ausgabe der Solidarität. Die Schriften von Marx und Engels haben bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren und sind ein Wegweiser für eine gerechte und sozialistische Gesellschaft. Wenn auch die Zeitschrift Solidarität nicht an die Verbreitung der Schriften von Engels heranreicht, ist sie aber auch in der heutigen Zeit wichtig und verdient einen größeren Bekanntheitsgrad. Gerade jetzt, wo die Pandemie sich als Brandbeschleuniger der Krise des Kapitalismus erweist, ist auch sie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den Betrieben, der Verwaltung, Schulen und Universitäten eine wichtige Argumentationshilfe im täglichen Kampf. Mögen auf die 200ste Ausgabe noch viele weiteren folgen.

Manfred Evers
(Sozialistische Gruppe Ratingen)

„Ihr legt den Finger in die Wunde“

Solidarität, ob international, kommunal oder digital. Solidarität stärkt uns im Kampf für eine bessere Welt. Solidarität ist der Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ich danke allen Aktivist*innen der linken Zeitung Solidarität, die sich die Zeit nehmen Texte zu schreiben und die Solidarität bei gutem wie schlechtem Wetter verteilen. Ihr legt den Finger in die Wunde, und das ist gut so!

Ferat Kocak,
DIE LINKE Neukölln und
LINKS*KANAX

Zukunftspakt Stellenabbau

VW-Bosse wollen weltweit 30.000 Stellen abbauen

Artikel aus Nr. 161, Dez. 2016/Jan. 2017

Mit kriminellen Methoden hatte der VW-Konzern - wie viele andere in der Branche - Umweltauflagen umgangen. Das ist alles andere als ein Kavaliersdelikt: Weltweit sterben jährlich etwa dreieinhalb Millionen Menschen an Luftverschmutzung, in Deutschland sind es 7000 Todesopfer pro Jahr.

von Angelika Teweleit

(...) Nach wochenlangen Verhandlungen verkündet der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Bernd Osterloh, es sei gelungen, Standort-schließungen und betriebsbedingte Kündigungen abzuwenden. Viele Kolleginnen, die seit Monaten um ihre Arbeitsplätze bangten, sind sicher erleichtert. Allerdings konnte sich die Arbeitgeberseite mit einem Sparprogramm um 3,7 Milliarden Euro durchsetzen, was wiederum durch den Abbau von 30.000 Stellen (davon 23.000 in Deutschland) und durch weitere Flexibilisierung erreicht werden soll. Unter anderem wurde für einen Teil von Beschäftigten die (befristete) Verlängerung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden pro Woche vereinbart.

Co-Management - ein Fass ohne Boden

„Bei Volkswagen galt und gilt, dass Wirtschaftlichkeit und Beschäftigung gleichrangige Unternehmensziele sind. Das ist im Zukunftspakt so bestätigt worden“ heißt es im Infoblatt des Gesamtbetriebsrates bei VW. Die Bosse haben ihr Ziel erreicht: mit den vereinbarten Schritten soll die Produktivität bis 2020 um 25 Prozent (!) gesteigert und der Gewinn um mehrere Milliarden Euro verbessert werden. (...)

Gegenwehr

Die Strategie der IG Metall und ihrer Betriebsräte in der Automobilindustrie besteht aus Co-Management, um Standorte zu sichern und Konkurrenzfähigkeit des eigenen Unternehmens zu steigern. Über die Jahre haben sich viele Kolleginnen an kontinuierliche Einschnitte bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen gewöhnt. Resultat ist, dass viele Kolleginnen sich kaputt arbeiten - und dass die Basis der IG Metall weitgehend passiv geworden ist.

Die IG Metall könnte der ewigen Spirale nach unten ein Ende setzen. Sie könnte mit der Waffe des Streiks einen Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze führen, und dabei Arbeitszeitverkürzung bei vollem

Lohn fordern, wenn es nicht genug Arbeit für alle gibt. Dabei könnte sie politischen Druck auf die niedersächsische SPD-geführte Landesregierung aufbauen, solch einem Sparprogramm nicht zuzustimmen, da das Land als Anteilseigner über ein Vetorecht in wichtigen Fragen verfügt. Sie könnte die Offenlegung der Geschäftsbücher fordern. Sie könnte deutlich machen, dass der VW-Skandal eine Folge der Profitgier der Bosse wie Piech und Porsche ist. Sie könnte die vollständige Überführung von VW in Gemeineigentum fordern - zum Wohle der Beschäftigten und der Gesellschaft. Für ein solches Programm ist es nötig, sich mit kämpferischen Kol-

leginnen zu vernetzen und an den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition zu gehen, um die IG Metall zu einer kämpferischen Gewerkschaft zu machen.

Zukunft der Autoindustrie

Zum Wohle der Umwelt, der Beschäftigten und der Gesellschaft wäre die Verstaatlichung der Automobilindustrie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Staat ein notwendiger Schritt. Auf der Grundlage von Gemeineigentum und demokratischer Planung wäre es möglich, die Produktion für eine Verkehrsplanung nach gesellschaftlichen Bedürfnissen, anstatt nach den Profitinteressen der Autobosse, umzustellen. Und: Mithilfe von deutlicher Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie einem sinnvoll ausgearbeiteten Qualifizierungskonzept könnten alle Arbeitsplätze gesichert und sogar neue geschaffen werden. Es ist wichtig, dass DIE LINKE mit solchen Vorschlägen in die aktuellen Debatten eingreift, um Auswege aufzuzeigen. ■



Nützlich für die gewerkschaftliche Arbeit

Liebe Redaktion der Solidarität, herzlichen Glückwunsch zur 200. Ausgabe. Als langjähriger Leser bin ich immer wieder erfreut eine neue Ausgabe zu bekommen. Als Gewerkschafter schaue ich auf betriebs- und gewerkschaftliche Themen. Die Berichte zeigen nicht nur die Probleme, sondern greifen auch inhaltliche Debatten auf, die ich in meine gewerkschaftliche Arbeit mit aufnehmen kann. Macht weiter so.

Rainer Perschewski - EVG-Betriebsrat, Berlin

Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) gegründet

Artikel aus Nr. 187, Juni 2019

Am 18. Mai 2019 trafen sich in Frankfurt am Main über dreißig Vertreter*innen kämpferischer gewerkschaftlicher Initiativen und politischer Gruppen.

von René Arnsburg

Zu den Aufrufenden gehören unter anderem das „Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di“, die Basisgewerkschaftsgruppe „ver.di aktiv“ von den Berliner Verkehrsbetrieben, die ver.di-Linke NRW, der Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken, örtliche Foren und andere.

Das Ziel der Vernetzung ist es, sich innerhalb des DGB für kämpferische Gewerkschaftspolitik einzusetzen. Dazu muss der sozialpartnerschaftliche Kurs der Gewerkschaftsspitzen durch eine klassenkämpferische Haltung ersetzt werden, mit der Bereitschaft sich mit den Kapitalisten anzulegen.

Arbeitszeit verkürzen!

Themen und Fragen, die bei dem Treffen diskutiert wurden, waren unter anderem: die Arbeitszeit in all ihren Facetten und deren Verkürzung, der Kampf gegen die Arbeitshetze durch eine angemessene Personalausstattung, die Enteignung von Unternehmen und die Kontrolle und Verwaltung dieser durch die Beschäftigten. Der Aufbau eines transparenten und rechenschaftspflichtigen Gewerkschaftsapparates gehört ebenso zu den Diskussionspunkten, wie das Aufgreifen wichtiger politischer Themen. Neben Fragen, die die gesamte Arbeiter*innenklasse betreffen, ist nicht nur die Politisierung der Gewerkschaften, sondern auch deren Demokratisierung wichtig. Das ist ein Ansatz, um eine politische und personelle Alternative zu den jetzigen Gewerkschaftsführungen aufzubauen.

Anders als die Streikkonferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung will das neue Netzwerk eine handlungsfähige Vernetzung von Kolleg*innen schaffen, die im Kampf stehen und in den Betrieben wirken. Viele Kolleg*innen sind zurecht unzufrieden, dass ihnen bei der letzten Streikkonferenz im Februar kein Angebot gemacht wurde, wie innerhalb von Betrieben und Gewerkschaften koordiniert handeln können. ■

Kein Kapitalismus ohne Sexismus, kein Sozialismus ohne Feminismus

Artikel aus Nr. 174, März 2018

„Die Emanzipation der Frau wie des ganzen Menschengeschlechts wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein.“ – Clara Zetkin

Laut Statistischem Bundesamt beträgt der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern 21 Prozent. Warum junge Frauen, die meist bessere Schulabschlüsse erreichen, im Durchschnitt jedoch schlechtere Löhne aushandeln oder weniger in der Lage sind, ein Studium aufzunehmen und zu beenden, wird nicht erklärt. Genauso wenig warum sogenannte frauendominierte Berufe schlechter bezahlt werden und warum es gewöhnlich Frauen sind, die nach der Geburt von Kindern länger zu Hause bleiben oder in Teilzeit gehen. Aktuell arbeiten 37,5 Prozent der Frauen in Deutschland in Teilzeit. Frauen leisten mehr als dreimal so viel Teilzeitarbeit als Männer.

von Alexandra Arnsburg, Berlin

Die aktuelle Debatte um „#metoo“, die wiederkehrenden Proteste gegen frauenfeindliche Gesetze in Ländern wie im Iran, Irland, Türkei oder in Polen zeigen, dass Frauen jeden Tag darum kämpfen müssen, nicht diskriminiert, belästigt oder angegriffen zu werden. (...)

Frauen der Arbeiterklasse, also der lohnabhängigen Bevölkerung, haben mit ihren männlichen Kollegen tausendmal mehr gemein als mit Merkel und Milliardärinnen. Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, wie Alice Schwarzer, freuen sich über eine Frau als Kanzlerin oder über zwei Frauen mehr im Vorstand einer Aktiengesellschaft, schweigen aber über den täglichen Kampf von Arbeiterinnen, wie dem der KollegInnen im Sozial- und Erziehungsdienst. (...)

Die materielle und ideologische Diskriminierung von Frauen macht

allerdings nicht automatisch vor Gewerkschaften, linken Parteien und Bewegungen halt. Damit muss bewusst umgegangen werden, und auch in Kämpfen kann nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, dass Frauen auch innerhalb der Bewegung benachteiligt oder sogar sexistisch angegriffen werden. Deshalb spielt der Kampf gegen sexistische Vorurteile immer eine große Rolle.

Aufgaben

(...) Die Hauptaufgabe für SozialistInnen heute besteht darin, aktive Organisationen der Arbeiterbewegung wieder aufzubauen und kompromisslos gegen Sexismus vorzugehen. (...) Gleichzeitig vertreten wir die Haltung, dass dieses Ziel nur mit dem Sturz des Kapitalismus vollständig erreicht werden kann. (...) ■

Die „verdachtsunabhängigen“ Kontrollen

Racial Profiling ist staatlicher Rassismus

Als einzige Person in einem vollen Zug „verdachtsunabhängig“ kontrolliert zu werden - alles möglich, solange man eine dunkle Hautfarbe hat.

von Aleksandra Setsumei, Aachen

(...) Racial Profiling beschreibt die polizeiliche Praxis, in der das Aussehen einer Person, ihre Haut- und Haarfarbe, oder andere physische Merkmale zur

Motivation von Maßnahmen gemacht werden. Es geht also um gezielte Kontrolle von nicht-deutsch aussehenden Menschen. Da es sich um „verdachtsunabhängige“ Kontrollen handelt, werden die Betroffenen ohne einen Anlass in einen kriminellen Zusammenhang gestellt. Die diskriminierenden Personenkontrollen tragen also unter anderem dazu bei, das Ressentiment von „kriminellen Ausländern“ aufrechtzuerhalten.

„Ein besonderer Anlass“

Wir sind froh, Euch Glückwünsche zur 200. Ausgabe der Solidarität zu senden, ein besonderer Anlass nicht nur für die deutsche Sektion des CWI, sondern die ganze Arbeiter*innenklasse in Deutschland. In der heutigen Zeit 200 Ausgaben einer Zeitung herauszubringen markiert einen Meilenstein. Eine sozialistische Zeitung ist lebendiger Propagandist, betreibt Kampagnen und ist Organisatorin der revolutionären Organisation. Wir hoffen, dass die „Solidarität“ diese Aufgaben auch in Zukunft erfüllen wird.

Vereinigte Sozialistische Partei (Sri Lanka)



„Weitermachen!“

Wir gratulieren Euch zur 200. Ausgabe der „Solidarität“. Wir sind stolz auf Euren Beitrag in der „Jugend gegen Krieg“-Kampagne gegen den Irak-Krieg und auf Eure Arbeit unter Arbeiter*innen in Deutschland. Eure Schriften und Aktivitäten gegen das Wiedererstarken der extremen Rechten sind von großer Bedeutung in der gegenwärtigen politischen Situation. Macht weiter auf Eurem Weg für Gegenwehr, Solidarität und Sozialismus und gebt nicht auf bevor die sozialistische Weltrevolution erreicht ist. Lasst uns gemeinsam die Arbeiter*innen der Welt vereinen und den Traum von Marx und Engels wahr werden!

Rote Grüße, Chennai Ortsgruppe
der Neuen Sozialistischen Alternative (Indien)

Der Ausmaß von Racial Profiling ist in Deutschland aufgrund fehlender statistischer Daten nicht ermittelbar. Die Bundesregierung bestreitet seinen Einsatz, trotz mehrerer Quellen, die auf die Anwendung rassistischer Rasterfahndung schließen lassen.

Gegen polizeiliche Willkür

Grundlage einer solchen selektiven Personenkontrolle ist ein Generalverdacht, also ein rassis-

tisches Vorurteil. 2015 führte die Bundespolizei fast drei Millionen anlasslose Kontrollen durch, davon mehr als 2,6 Millionen im Grenzgebiet. Wir lehnen solche polizeiliche Willkür gegen vermeintliche „Ausländerinnen“ ab und fordern die Streichung vom Paragraph 22.1 (a) im Bundespolizeigesetz (...). ■

Artikel aus Nr. 154,
Mai 2016

Erster Geburtstag der Sol

Erfolgreicher Neuaufbau unter erschwerten Bedingungen begonnen

Artikel aus Nr. 197, September 2020

Die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol) ist gleichzeitig eine erfahrene und junge Organisation. Formell gegründet wurde sie am 8. September 2019, einen Tag nachdem sich die Sozialistische Alternative (SAV) als Folge einer Spaltung der internationalen Organisation Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) auf einer Sonderkonferenz in zwei Teile gespalten hatte – und feiert damit in diesem Monat ihren ersten Geburtstag.

Die Minderheit, wozu die Mehrheit des Bundesvorstands und der Bundesleitung gehörte, gründete daraufhin die Sol – allerdings mit dem Selbstverständnis, die Programmatik und Traditionen der SAV weiterzuführen, die von der Mehrheit in einer Reihe wichtiger Fragen aufgegeben worden waren. Dazu gehörten aus Sicht der heutigen Sol-Mitglieder die Verteidigung eines sozialistischen Übergangsprogramms in Massenbewegungen und Wahlkampagnen, eine strategische Orientierung auf Arbeit innerhalb der Gewerkschaften und eine klare Opposition gegen kleinbürgerliche Identitätspolitik.

Bilanz der Spaltung

Nicht alle, die uns in den Jahren zuvor als Mitglieder der SAV gekannt hatten, konnten die Trennung in zwei Organisationen nachvollziehen. Aus unserer Sicht hat die Entwicklung der beiden Organisationen auf internationaler Ebene und in Deutschland jedoch bestätigt, dass dieser Schritt eine traurige Notwendigkeit war, um die marxistischen Traditionen und Prinzipien, für die die SAV über 25 Jahre gestanden hatte, zu verteidigen. (...)

Sol konsolidiert und gestärkt

Wir haben in der Sol ein großes Augenmerk darauf gelegt, unser Programm unter den Mitgliedern zu klären und mit einer politischen Orientierung auf die Arbeiter*innenklasse und Jugend an den Neuaufbau der Organisation zu gehen. Ergebnis ist unter anderem die Überarbeitung unse-

res Forderungskatalogs und eine programmatische Broschüre zur Automobilindustrie, die permanente Überarbeitung unseres klar sozialistischen Programms zur Corona-Krise, die tragende Mitarbeit in der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG), fortgesetzte Aktivitäten im Bereich der Krankenhäuser und des öffentlichen Dienstes und viele örtliche Kampagnen und Aktivitäten, wie zum Beispiel zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp durch die Sol Bochum.

Wir konnten neue Gruppen in Bochum und Hamm bilden und die jungen Ortsgruppen in Mainz und Lemgo festigen. Seit der Gründung der Sol konnten wir unsere Mitgliedschaft um 25 Prozent steigern. Wir unterstützen die CWI-Gruppe in Österreich und konnten helfen, dass auch dort die Mitgliedschaft wächst. Wir führen den Manifest-Verlag weiter (...), geben die Monatszeitung „Solidarität“ heraus und haben mit der Herausgabe eines zwei Mal im Jahr erscheinenden Theoriemagazins unter dem Titel „sozialismus heute“ begonnen. In der LINKEN sind wir weiterhin in einer Reihe von Kreisverbänden und Basisgruppen aktiv und bringen dort sozialistische Positionen ein und beteiligen uns an der AKL als dem linksoppositionellen Zusammenschluss innerhalb der Partei. Viele unserer jungen Mitglieder sind im Jugendverband linksjugend[‘solid] aktiv, so auch in den Landessprecher*innenräten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. (...)

„Wichtige Säule“

Im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus und im Gesundheitswesen ist die Solidarität eine sehr wichtige Säule, denn alleine machen sie dich ein. Wir fordern u.a.: Abschaffung der Fallpauschalen, für eine gesetzliche bedarfsorientierte Personalbemessung und für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

*Uns reicht’s,
unabhängige Betriebsgruppe im Klinikum Bremen Mitte seit 2005*

Jugend gegen Krieg mobilisiert bundesweit über 200.000 SchülerInnen

Aktiv gegen Irak-Krieg

Artikel aus Nr. 13, April 2003

Weltweit wurden unmittelbar nach Kriegsbeginn die ersten Proteste durchgeführt. In Deutschland waren es vor allem die SchülerInnen, die mit Massenstreiks und Demonstrationen viele Innenstädte lahm legten. Die von Mitgliedern der SAV (aus der die Sol 2019 hervorgegangen ist, A.d.R.) und widerstand international! ins Leben gerufene unabhängige bundesweite Kampagne „Jugend gegen Krieg“ hatte dazu in 16 Städten aufgerufen.

von Sascha Staničić, Berlin

In Berlin übertraf die Beteiligung der SchülerInnen alle Erwartungen. Über 70.000 versammelten sich auf dem Alexanderplatz und zogen, vorbei an der US-Botschaft, zum Brandenburger Tor.

Gegen Drohungen von SchulleiterInnen mussten sich SchülerInnen in Stuttgart, Aachen und Kassel durchsetzen. (...)

In Bremen, wie auch in anderen Städten, beteiligten sich GewerkschafterInnen an der Demonstration

und GewerkschaftsvertreterInnen redeten auf den Kundgebungen. In Hamburg legten die Auszubildenden von Airbus in einer gemeinsamen Aktion mit Jugend gegen Krieg die Arbeit für eine halbe Stunde nieder. (...) Jugend gegen Krieg organisierte die Streiks in Berlin (70.000), Stuttgart (20.000), Bremen (13.000), Kassel (10.000), Köln (10.000), Saarbrücken (10.000), Rostock (10.000), Aachen (4.000), Mönchengladbach, Tübingen, Düren und weiteren Städten. ■



Leipziger Buchmesse

Erfolgreiches Debüt für Manifest Verlag

Artikel aus Nr. 164, April 2017

Der im September 2016 gegründete Manifest Verlag trat zur diesjährigen Messe zum ersten Mal öffentlich auf. Mit insgesamt zwanzig Titeln präsentierte der Verlag den BesucherInnen ein breites Angebot zu verschiedenen Themen. Insbesondere die Neuauflagen klassischer marxistischer Literatur wie eine Textsammlung Liebknechts zu Antimilitarismus („Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“) oder Schriften von Leo Trotzki zur Oktoberrevolution im Sammelband „Revolution in Russland“ wurden gut angenommen.

Titel, die sich als kürzere Einführung in bestimmte Gebiete wie „Der wahre Lenin“ oder „1917 – Die Russische Revolution“ eignen, stießen vor allem bei einem jüngeren Publikum auf Zustimmung. (...) Dass es dem Verlag jedoch nicht nur um die theoretische Untersuchung und Diskussion aktueller Erscheinungen geht, haben die Anwesenden am letzten Tag gezeigt. Gemeinsam mit den KollegInnen anderer linker Verlage ergriffen sie die Initiative, um einen spontanen Protest gegen die Anwesenheit des rechten Compact-Magazins zu starten. (...) ■

Warum wir die Solidarität herausgeben

200 Ausgaben... und wir haben noch viel vor

Zeitungen haben in der Arbeiter*innenbewegung eine lange Tradition. Aber sie sind keineswegs Schnee von gestern.

von Wolfram Klein, Mitglied der Redaktion der „Solidarität“

Am 28. November war der 200. Geburtstag von Friedrich Engels. Einen zentralen Raum in seinem Leben nahmen Zeitungen ein. Er gab in der Revolution 1848/49 mit Marx die „Neue Rheinische Zeitung“ heraus, er schrieb Artikel für eine Vielzahl von Zeitungen, einen beträchtlichen Teil seines Briefwechsels macht die Kritik an Zeitungsartikeln aus.

Natürlich haben sich die Zeiten geändert. Aber grundlegende Aufgaben sind gleich geblieben: Arbeiter*innenmassenorganisationen aufbauen, den Kapitalismus auf den Müllhaufen der Geschichte befördern, eine sozialistische Demokratie errichten. Und damit bleiben auch wichtige Aufgaben einer sozialistischen Zeitung bestehen.

Aufgaben der Zeitung

Wir leben weiter in einer Klassengesellschaft und einem Klassenstaat. Medien, die kapitalistischen Unternehmen oder solche die – direkt oder indirekt – staatlich sind, haben auch einen Klassencharakter. Eine sozialistische Zeitung muss die Wahrheit(en) veröffentlichen, die von der bürgerlichen Presse nicht gesagt werden, die dort fehlenden (oder unter einem Wust von Unwahrheiten oder Belanglosigkeiten zugeschütteten) Informationen liefern. Sie muss auch die Zusammenhänge deutlich machen, in denen Informationen, Fakten stehen.

Unsere Ressourcen sind im Vergleich zu denen der kapitalistischen

Medien winzig. Unsere wichtigste Verbündete ist die Tatsache, dass die Erfahrungen der Arbeiter*innen das bestätigen, was wir schreiben (wenn wir keine Fehler machen).

Die Arbeiter*innenklasse ist kein Einheitsbrei. Jüngere und ältere, männliche und weibliche Kolleg*innen, prekär Beschäftigte, Facharbeiter*innen, Büroangestellte, Beschäftigte in Kitas oder Krankenhäusern, mit und ohne „Migrationshintergrund“, Beschäftigte und Arbeitslose etc. machen oft verschiedene Erfahrungen. Als sozialistische Zeitung haben wir nicht nur die Aufgabe, Dinge zu schreiben, die den Erfahrungen der Klasse entsprechen, sondern müssen auch Teilen der Klasse die Erfahrungen anderer Teile der Klasse verständlich machen. Das ist das Gegenteil von bürgerlicher Identitätspolitik, die Unterschiede innerhalb der Klasse kultiviert. Es ist ein Beitrag zur Einheit der Klasse. Dabei hilft sehr, nicht beim Mitteilen von Erfahrungen stehen zu bleiben, sondern Forderungen aufzustellen, für die zu gemeinsamen Kämpfen mobilisiert werden kann.

Bewegung und Programm

In den letzten Monaten und Jahren gab es beeindruckende Massenbewegungen in vielen Ländern und über Ländergrenzen hinweg. In diesem Winter können wir den zehnten Geburtstag einer der eindrucksvollsten Massenbe-

wegungen feiern, die weltweite Auswirkungen hatte: des „arabischen Frühlings“. Aber was war sein Resultat? In Ägypten herrscht heute ein brutaleres Militärregime als vor zehn Jahren, Libyen, Syrien und der Jemen versanken in furchtbaren Bürgerkriegen. Gerade für den Verlauf von Massenbewegungen hat ihr Programm eine zentrale Bedeutung. Deshalb verstecken wir bei der Teilnahme an Bewegungen unser Programm nicht, auch wenn wir uns dabei bei Leuten unbeliebt machen, die meinen, das beeinträchtigt die „Einheit der Bewegung“. Und um ein marxistisches Programm in Bewegungen zu verbreiten, bleibt eine revolutionäre Zeitung ein unverzichtbares Hilfsmittel, das hat unsere Schwesterorganisation „Demokratisch-Sozialistische Bewegung“ im Oktober in Nigeria in der Massenbewegung gegen Polizeigewalt erneut bewiesen. Auch wenn bei der Mobilisierung für diese Proteste soziale Medien wie Twitter eine zentrale Rolle spielten und sich in dreizehn Tagen des Bewusstsein von Aktivist*innen rasend schnell von allgemeiner Parteienablehnung zur Notwendigkeit einer Partei entwickelte, so blieb doch die Frage des Charakters und des Programms einer solchen Partei sehr unklar ... und solche Fragen lassen sich nicht per Twitter klären.

Zur 200. Ausgabe der „Solidarität“ können wir sagen: Wir fangen erst richtig an! ■



„Konsequente Aufklärung“

Die aktuelle Epidemie- und die Wirtschaftskrise bieten denen, die einerseits sachlich-materialistisch analysieren und andererseits leidenschaftlich sich für die Erkrankten und für die Pflegekräfte engagieren unglaublich erhellende Einblicke in die Triebkräfte des Kapitals: „Zoonosen“ haben viel mit kapitalistischer Globalisierung, „Fallpauschalen“ viel mit maximaler Profitproduktion und „Herdenimmunität“ viel mit dem darwinistischen Grundsatz „für den Profit geht das Kapital über Berge von Leichen“ zu tun. Prima, wenn es radikale, linke Blätter gibt, die in diesen Zeiten eine konsequente, sozialistische Aufklärung betreiben. „Die Solidarität“ gehört dazu. Glückwunsch zur Nummer zweihundert.

Winfried Wolf - Lunapark21

Jetzt Abo abschließen!

„Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“

Paul Sethe, Mitgründer der FAZ

Die Solidarität schreibt, was andere nicht schreiben. Hier kommen diejenigen zu Wort, die in Betrieben und Gewerkschaften, im Kampf gegen Rechts, der LINKEN oder in der Mieter*innenbewegung aktiv sind. Aus der ganzen Welt schreiben Aktivist*innen für die Solidarität. Hier findest Du Ideen und Vorschläge für sozialistische Politik. Zusätzlich

bringt die Sol zwei Mal im Jahr das Magazin sozialismus heute heraus, in dem wir auf 44 Seiten Analysen zu aktuellen Entwicklungen, Historisches zur Arbeiter*innenbewegung und marxistische Theorieartikel veröffentlichen.

Die Preise für zehn Ausgaben der Zeitung und zwei Ausgaben von sozialismus heute sind für ein Jahr: 25 Euro (ermäßigt), 30 Euro (Normalpreis), 40 Euro (Ausland), 60 Euro (Förderpreis). Das elektronische Abo kostet weiterhin 20 Euro.

Infos hier: www.solidaritaet.info/abo